

**Der grosse
migrantische Gene-
ralstreik**

In den 1950er-Jahren kamen migrantische Arbeitskräfte in grosser Zahl in die Schweiz. Es waren vor allem Frauen aus Norditalien, die in der Textilindustrie Arbeit fanden und zu einem grossen Wirtschaftsboom beitrugen. Die Grundlage dazu war der erste bilaterale Vertrag zwischen Italien und der Schweiz, um die Zuwanderung der italienischen Arbeitskräfte zu regeln und auf die Bedürfnisse der Schweizer Wirtschaft zu reagieren. Die Verträge formalisierten juristisch den Aufenthalt und die Niederlassung und basierten auf dem sogenannten ANAG-Gesetz von 1931 (ANAG – Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer). Darin waren menschenunwürdige Restriktionen angelegt, wie die jederzeitige Widerrufung des Aufenthaltes und der Verweigerung des Familiennachzugs. Ende der 1950er-Jahre lebten schon über 500.000 Menschen aus Italien in der Schweiz, die damals fünf Millionen Einwohner:innen zählte.

Insbesondere das Saisonierstatut war ein Stein des Anstosses. Denn die Mehrzahl der Arbeitenden durfte sich nur neun Monate in der Schweiz aufhalten und erst nach

fünf Jahren erhielten sie eine Niederlassungsbewilligung. Doch die Unsicherheit des Arbeitsplatzes führte dazu, dass viele Menschen diese gar nicht erhielten.

Während die Textilindustrie immer mehr in eine Krise geriet, weil sie zwar von den unqualifizierten weiblichen Arbeitskräften profitierte, aber keine technologischen Neuerungen vornahm, hatte die boomende Maschinenindustrie einen immer grösseren Bedarf an besser qualifizierten Arbeitskräften. Das heisst, die Unternehmer waren interessiert, die ausländischen Arbeitskräfte besser auszubilden, und das konnten sie nur mit Menschen, die über längere Zeit eine Aufenthaltsgenehmigung erhielten. Es war klar geworden, dass die Schweiz die Arbeitsmigration nicht mehr rückgängig machen konnte.

Vor diesem Hintergrund hätte sich eine progressive, eine emanzipatorische Migrationsgeschichte entwickeln können. Eine Geschichte wie die folgende:¹

1958: Verhandlungen mit Italien

Auf Druck der Gewerkschaften und der linken Parteien wollte die italienische Regierung die Bedingungen für die italienischen Arbeitskräfte in der Schweiz verbessern und begann 1958 Verhandlungen mit dem Bundesrat. Dieser wollte eigentlich nicht auf eine Verbesserung der juristischen Bedingungen eingehen und spielte auf Zeit. Nach drei Jahren Verhandlungen, war noch kein Resultat in Sicht.

Die schweizerischen Gewerkschaften und die linken Parteien wurden deshalb nach Rom eingeladen, um zu diskutieren, wie die Anliegen der italienischen Gewerkschaften unterstützen könnten. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) verstand, dass er mithilfe der

1 In den Fussnoten wird jeweils auf die tatsächlichen historischen Geschehnisse eingegangen.

ausländischen Arbeitskräfte seinen Einfluss vergrössern konnte, und es wurde eine bilaterale Kommission zwischen dem SGB und den italienischen Gewerkschaften eingerichtet. Das UCV (Ufficio per la collaborazione congiunta) war von da an die Schnittstelle zwischen der Arbeiter:innenbewegung Italiens und der Schweiz. In allen Gewerkschaftssektionen der Schweiz wurden daraufhin Unterkommissionen des UCV gegründet.²

Als Erstes wurde die Selbsthilfeorganisation der italienischen Arbeitskräfte, die Weiterbildungsschule ECAP, in den SGB integriert. Mithilfe der finanziellen Unterstützung der italienischen Gewerkschaften wurden überall Deutschkurse angeboten.

Und auch die unwürdige Wohnsituation wurde tatkräftig angegangen, denn die Mehrheit der italienischen Arbeitskräfte lebte in Baracken oder in Kellerlöchern. Dazu initiierte der SGB den gross angelegten Bau von Genossenschaftswohnungen für Schweizer und ausländische Arbeiter:innen. Und in den Volkshäusern der ganzen Schweiz wurden italienische Kulturabende und Veranstaltungen organisiert, um die schweizerischen Arbeiter:innen näher an die Lebensart ihrer südländischen Kolleg:innen zu bringen. Für die jungen Schweizer Arbeiter:innen wurde der italienische Lebensstil immer attraktiver. Mit einer massiven Verbreiterung seiner Basis wurde der SGB zu einem innenpolitischen Faktor, den der bürgerliche Bundesrat nicht mehr ignorieren konnte. Das wirkte sich auch auf die Verhandlungen zwischen der Schweiz und Italien aus.³

2 Tatsächlich wehrten sich die Gewerkschaften gegen das Abkommen mit Italien zur Verbesserung der rechtlichen Situation der migrantischen Arbeiter:innen. Die Gewerkschaften und die SP sahen in den werktätigen Menschen aus Italien bestenfalls eine Konkurrenz. Zusammen mit konservativen Kräften vereitelten sie eine schnelle Implementierung des Abkommens und die «Verhandlungen» zogen sich über sieben lange Jahre hin, bis sie vom Parlament ratifiziert wurden.

3 Die Selbsthilfeorganisation ECAP wurde erst Anfang der 1970er-Jahre gegründet, und zwar mithilfe der italienischen Gewerkschaften, welche sie bis heute auch finanziell unterstützen. Erst nach der «Schwarzenbach-Abstimmung», und der

1964: Unterzeichnung des Abkommens und ein neues Migrationsgesetz

Inzwischen war über eine Million Arbeiter:innen aus dem südlichen Nachbarland in der Schweiz wohnhaft, doch sie lebten noch immer unter den diskriminierenden Gesetzen aus dem Jahre 1931. Der Bundesrat versuchte, zwischen 1958 und 1965 mithilfe von kosmetischen Massnahmen zu zeigen, dass er für die Forderungen der Gewerkschaften Verständnis habe. So wurde die «Fremdenpolizei» in «Amt für Migration» umbenannt und der Bundesrat wandte sich nun bei den Neujahrsansprachen nicht mehr nur auf Deutsch, sondern auch auf Italienisch ans Volk.

Der SGB forderte den Bundesrat auf, den Abschluss der Verhandlungen nicht weiter hinauszuzögern. Dabei ging er sehr geschickt vor. Die Unternehmer warnte er, dass der SGB bereit sei, einen Generalstreik zu organisieren, um die Abschaffung des Saisonierstatuts durchzusetzen. Um dies zu untermauern, wurden grosse Manifestationen in Bern organisiert, an denen jeweils 50.000 Menschen teilnahmen. Innert kurzer Zeit setzte sich auch in den bürgerlichen Parteien die Einsicht durch, dass es besser sei, die Hochkonjunktur aufrechtzuerhalten und Zugeständnisse zu machen.

Und so wurde das neue Abkommen mit Italien, gleichzeitig mit der Änderung der Gesetze von 1931, unterzeichnet. Dabei wurde das Saisonierstatut abgeschafft und das Recht auf unbeschränkte Niederlassung nach fünf Jahren eingeführt. Das neue Abkommen und die Gesetze wurden in ausgelassenen Volksfesten im ganzen Land gefeiert.

entschlossen antirassistischen Politik des SGB-Chefs Ezio Canonica begannen die Schweizer Gewerkschaften, sie zu unterstützen. Aber auch da wurden bestenfalls im regionalen Rahmen gemeinsame Veranstaltungen zwischen den italienischen Arbeiter:innen und Schweizer:innen organisiert. Meist wurden diese von 68er Aktivist:innen ausserhalb der Gewerkschaftspolitik veranstaltet.

Ab 1965: Rassistische Volksinitiativen

Die reaktionären Kräfte versuchten zuerst ab 1965 mithilfe von kantonalen Initiativen, die Errungenschaften des neuen Migrationsgesetzes zu torpedieren. Doch der SGB baute eine spezialisierte Rechtsabteilung auf und brachte diese regionalen Initiativen immer wieder zu Fall, indem er die Gesetze als Angriff auf die Menschenrechte bezeichnete und diese beim Bundesgericht einforderte.

Mithilfe eines ehemaligen Mitglieds der faschistischen Nationalen Front, des reichen Industriellensohns James Schwarzenbach, gelang es seiner Partei, der Nationalen Aktion, die reaktionären Kräfte zu bündeln und eine nationale Initiative gegen die sogenannte Überfremdung einzureichen.

Die linken Parteien und der SGB versuchten mithilfe von Demonstrationen und Volksfesten in den grossen Städten, der rassistischen Initiative eine Gegenmacht entgegenzusetzen. Doch den fortschrittlichen Kräften war bewusst geworden, dass die fremdenfeindliche Bewegung vor allem im ländlichen Bereich auf grosse Resonanz stiess. Zusammen mit Mitgliedern der «68er Bewegung» wurden daraufhin in allen ländlichen Kantonen Sternfahrten organisiert, um mithilfe von Festen, Diskussionsveranstaltungen und Publikationen, die Menschen von den Errungenschaften eines gemeinsamen Zusammenlebens mit den migrantischen Arbeitskräften zu überzeugen. Das gelang nicht immer, aber oft wurden die Fremdenfeinde zurückgedrängt, indem auf die christlichen Werte der sozialen Kooperation hingewiesen wurde. Die Idee des positiven Zusammenlebens von Menschen verschiedener Kulturen stiess so in den kirchlichen Kreisen auf dem Land auf grosse Resonanz.⁴

4 Leider hat sich die Schweizerische Arbeiterbewegung Ende der 1960er-Jahre nie entschlossen gegen die Rassisten der Nationalen Aktion gestellt. Im Gegenteil:

Mit der «Mitenand-Initiative» zum Erfolg

In einem nächsten Schritt lancierte der SGB die «Mitenand-Initiative». Auf Grundlage der universellen Menschenrechte und mit Hinweis auf die vollständige Integration der ausländischen Arbeitskräfte, deren Mehrheit inzwischen schon seit zehn Jahren in der Schweiz lebte, wurde die nationale Vereinheitlichung des Rechts auf Einbürgerung gefordert. Die Unterschriftensammlung für die Initiative war ein grosser Erfolg und wurde gleichzeitig mit der «Schwarzenbach-Initiative» eingereicht. Der Bundesrat beschloss, dass die beiden Initiativen miteinander abgestimmt werden sollten.

Die Umfragen für die Abstimmung der beiden Initiativen zeigten eine knappe Mehrheit gegen die «Schwarzenbach-Initiative» und eine knappe Mehrheit für die «Mitenand-Initiative» für die erleichterte Einbürgerung nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz.⁵

Um die Kampagne für die «Mitenand-Initiative» auf der kulturellen Ebene zum Erfolg zu führen, entschloss sich der SGB, einen Wettbewerb auszuschreiben für einen Film zum Thema. Der jüdische Filmemacher Rolf Lissy gewann den Wettbewerb mit seinem Projekt «Die Schweizermacher». Innert kürzester Zeit gelang es ihm, den Film zu realisieren und vor der Abstimmung in die Kinos zu bringen. Die Komödie über ein absurdes Einbürgerungsverfahren, kombiniert mit einer Liebesgeschichte zwischen

Etliche Gewerkschaftssektionen, insbesondere im SMUV – der Metallarbeiter Gewerkschaft, der damals stärksten Gewerkschaft – gaben sogar die Ja-Parole zur «Schwarzenbach-Initiative» heraus. Die Kämpfe gegen diese rassistische Initiative wurden hauptsächlich von linken Aktivist:innen inner- und ausserhalb der Gewerkschaften getragen.

5 Die «Mitenand-Initiative» – sie wollte das Saisonierstatut abschaffen – wurde nicht Ende der 1960er-Jahre als Antwort gegen die «Schwarzenbach-Initiative» eingereicht, sondern erst viele Jahre später. Zur Abstimmung kam sie 1981 und die Linken erlitten mit 85 Prozent Nein-Stimmen eine ihrer grössten Niederlagen an der Wahlurne.

einer Ausländerin und einem Polizisten, wurde von über einer Million Menschen gesehen.⁶

Die öffentliche Meinung war inzwischen klar auf der Seite der «Mitenand-Initiative». Doch die reaktionären Kräfte hielten dagegen und beklagten den Verlust der einheimischen Kultur, wenn die ausländischen Arbeitskräfte nach fünf Jahren das Recht haben würden, sich einzu-bürgern.

Die radikalen Kräfte im SGB entschlossen sich, nun den migrantischen Generalstreik zu propagieren. Die Idee war, dass an einem Freitagnachmittag, einige Wochen vor der Abstimmung, alle migrantischen Arbeitskräfte die Arbeit niederlegen sollten. Das würde dem Land zeigen, dass ohne diese Menschen die Schweiz nicht mehr normal funktionieren würde. Dies würde auch denjenigen, die der «Mitenand-Initiative» skeptisch gegenüberstanden, zeigen, dass die Schweiz nur in Zusammenarbeit mit den migrantischen Menschen überleben kann.

Der migrantische Generalstreik wurde zu einem grossen Erfolg, unter anderem auch, weil viele einfache Mitglieder der Gewerkschaften und linken Parteien mit-machten.⁷ In der Volksabstimmung wurde die rassistische Initiative gebodigt und die «Mitenand-Initiative» knapp gewonnen.

Als nächstes wurde im Jahr darauf die Initiative für das Frauenstimmrecht durchgesetzt und in den Jahren darauf wurde die Schweiz zum fortschrittlichsten Land Europas.

6 Der Film die «Schweizermacher» ist mit über einer Million Zuschauer:innen der erfolgreichste Film der Schweiz. Er kam aber erst 1978, lange nach der «Schwarzenbach-Abstimmung», in die Kinos.

7 Den Generalstreik gegen die «Schwarzenbach-Abstimmung» hat es nie gegeben. Doch unter den migrantischen Arbeiter:innen der Schweiz ging die Parole um, sollte die Initiative angenommen werden, werde es zum Generalstreik kommen.

Leider ist die Geschichte anders
herausgekommen

Nun, diese alternative Geschichte hat leider nie stattgefunden. Aber viele der Ereignisse hätten so stattfinden können, wenn die Gewerkschaften und die linken Parteien eine konkrete Alternative und ein positives Bild einer progressiven Gesellschaft entwickelt hätten, anstatt nur auf die reaktionären Kampagnen defensiv zu reagieren. Und heute stehen wir vor einer ähnlichen Fragestellung. Immer noch haben wir eine Gesellschaft, in welcher ein Viertel der hier lebenden Menschen nicht dieselben Rechte haben wie die andern. Diese bürgerliche Demokratie ist immer noch nicht vollständig. Und es gibt eine Kraft, die das ändern möchte.

Die nächsten Jahre. Was tun?

Im November 2024 wurde die «Demokratie-Initiative», besser bekannt als «Aktion Vierviertel», in der Bundeskanzlei eingereicht. Sie verlangt eine simple Änderung mithilfe eines neuen nationalen Gesetzesartikels zur Einbürgerung: Ein Mensch der seit fünf Jahren rechtmässig in der Schweiz lebt, hat Anspruch auf das Bürgerrecht.

Seit der «Mitenand-Initiative» vor über 40 Jahren gab es keine Aktionen mehr im nationalen Rahmen zur Verbesserung der Situation der migrantischen Bevölkerung in der Schweiz.

Die «Vierviertel-Initiative» wird zwar von den Gewerkschaften, der SP, den Grünen und einigen GLP-Sektionen unterstützt, aber bislang hauptsächlich durch die Basisbewegung der migrantischen Aktivist:innen getragen. Hunderte dieser Menschen haben über 130.000 Unterschriften gesammelt. Der Support der linken Parteien liess leider zu wünschen übrig.

Ihre Zögerlichkeit gegenüber der Initiative macht deutlich, dass weite Teile der Linken immer noch nicht die Zeichen der Zeit erkannt haben. Die Migrationsthematik wird nach wie vor defensiv behandelt, das Feld wird den rassistischen Parteien überlassen.

Es gibt eine immer grösser werdende Frustration der linken migrantischen Aktivist:innen gegenüber der klassischen Linken. Sie haben das Gefühl, dass ausser Lippenbekenntnissen keine aktive Politik zu erwarten sei.

Im nächsten Jahr wird es zur grossen Abstimmung kommen. Die beste Antwort auf die sogenannte Nachhaltigkeitsinitiative der SVP ist die massive Unterstützung der «Demokratie-Initiative» durch die institutionellen linken Parteien. Auch wenn wir diese erste Abstimmung eventuell verlieren werden, wir – die Linke – würde wieder die Deutungshoheit zurückgewinnen, die da heisst: Alle Menschen sind gleich und haben die gleichen Rechte. Das ist die Grundlage einer linken Politik.

Die linken Parteien und die Gewerkschaften sollten dieses Momentum der Geschichte mutig angehen und einen positiven Ansatz einer neuen migrantischen Gesellschaft propagieren. Damit könnten sie einen Grossteil der 2,2 Millionen migrantischen Menschen, welche einen Grossteil der arbeitenden Schweizer Bevölkerung ausmachen, für sich gewinnen.